



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN
Aixer Straße 66
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 13. Mai 2005

Maut für die B 27

Winfried Hermann und Boris Palmer plädieren für eine Ausdehnung der LKW-Maut

Noch sind es nur Zwischenstände. Dennoch zeichnet sich ein klares Bild: Durch die LKW-Maut auf Autobahnen kommt es zu Ausweichverkehr auf das Bundesstraßennetz. Besonders betroffen sind attraktive Streckenabschnitte mit Lückenschlussfunktion im Autobahnnetz und gutem Ausbaustandard. Das gilt für die B 27 zwischen den Anschlussstellen Rottweil und dem Echterdinger Ei als mautfreie Abkürzung der stauanfälligen Strecke über das Stuttgarter Kreuz ganz besonders. Die grünen Verkehrspolitiker Winfried Hermann und Boris Palmer plädieren deshalb für eine Ausdehnung der Mautpflicht.

Palmer hat bereits vor vier Wochen von den Landesregierung einen Bericht über die Situation auf den Bundesstraßen eingefordert und eine Liste der Strecken angemahnt, die zusätzlich ins Maut-Netz aufgenommen werden könnten. Den Bundesländern kommt hierbei eine wichtige Rolle zu, weil sie die notwendigen Daten erheben und dem Bund Vorschläge unterbreiten. In einer so eben vorliegenden Antwort zeigt sich die Landesregierung hier allerdings sehr zurückhaltend. Eine Ausdehnung des Mautnetzes strebt sie nur in Ausnahmefällen an.

Palmer hält das für falsch. Nach seiner Auffassung ist die Situation in Baden-Württemberg besonders kritisch, weil das Land den geringsten Anteil an Autobahnkilometern aller Flächenländer hat. Als Ersatz gibt es besonders viele vierspurig ausgebaute Bundesstraßen. Palmer: „Bei uns im Land sind viele Bundesstraßen wie Autobahnen ausgebaut. Sie sollten deshalb auch wie Autobahnen bemautet werden.“

Auch für den Bundestagsabgeordneten Winfried Hermann gilt: „Das das autobahnähnliche Bundesstraßennetz sollte im nächsten Schritt in die Maut einbezogen werden. Ein LKW richtet an Bundesstraßen so viel Schaden an wie an Autobahnen. Dafür sollten die Verursacher bezahlen. Zumindest die vierspurigen Straßen müssen bemautet werden.“

Für den Streckenzug der B 27 bedeutet dies nach Auffassung von Hermann und Palmer, dass die vierspurigen Abschnitte von Balingen nach Bodelshausen und von Tübingen nach Stuttgart mautpflichtig werden müssen. Palmer: „In diesen Abschnitten gibt es keine zeitlich akzeptablen Ausweichstrecken für die LKW. Sie werden entweder auf der A 81 bleiben oder auf der B 27 bezahlen.“ Den zweispurigen Abschnitt zwischen Bodelshausen und Tübingen wollen die Politiker mautfrei halten. Hermann: „Würde die zweispurige B 27 mautpflichtig, so käme es zu unerwünschten Verdrängungseffekten zum Beispiel auf die Landesstraße durch Nehren. Dieser Abschnitt muss mautfrei bleiben.“

Möglichen Einwänden der Wirtschaft beugt Hermann sogleich vor: „Wenn eine Fahrt von Tübingen nach Stuttgart drei Euro Maut kostet, können die Firmen in der Region das verkraften. Viel schlimmer wäre es, wenn die Straßen durch zusätzlichen LKW-Verkehr kaputt gefahren und zugestaut würden.“

Palmer weist darauf hin, dass eine Maut auch eine Perspektive für eine Finanzierung des B 27-Ausbaus sein könnte: „Wo eine Maut erhoben wird, können nach dem Bundesfernstraßenprivatfinanzierungsgesetz zusätzliche Mittel für den Ausbau von Straßen geschöpft werden. Das könnte auch eine Perspektive für den Tübinger Tunnel werden.“

Dass die Bundesstraßen nicht von Beginn an ins Mautnetz einbezogen wurden, liegt nach Hermanns Darstellung in Vorgaben der EU begründet. Diese sahen bislang eine Beschränkung der Mautstrecken auf Autobahnen vor. Bundesstraßen sollten erst einbezogen werden, wenn sich erhebliche Verlagerungseffekte nachweisen lassen. In Zukunft soll dies einfacher werden. Ein Entwurf einer neuen Wegekostenrichtlinie soll den Mitgliedsstaaten der EU erlauben, generell Maut auf allen vierspurigen Straßen zu erheben. Hermann: „Diese Möglichkeit sollten wir so schnell wie möglich nutzen.“